

Für die Zukunft gesattelt.

- Sachstand zum Forderungsmanagement des Kreises Warendorf -

Finanzausschuss
am 28. Juni 2013



Inhaltsübersicht

A) Auswertung des Forderungsbestandes

B) Neuerungen

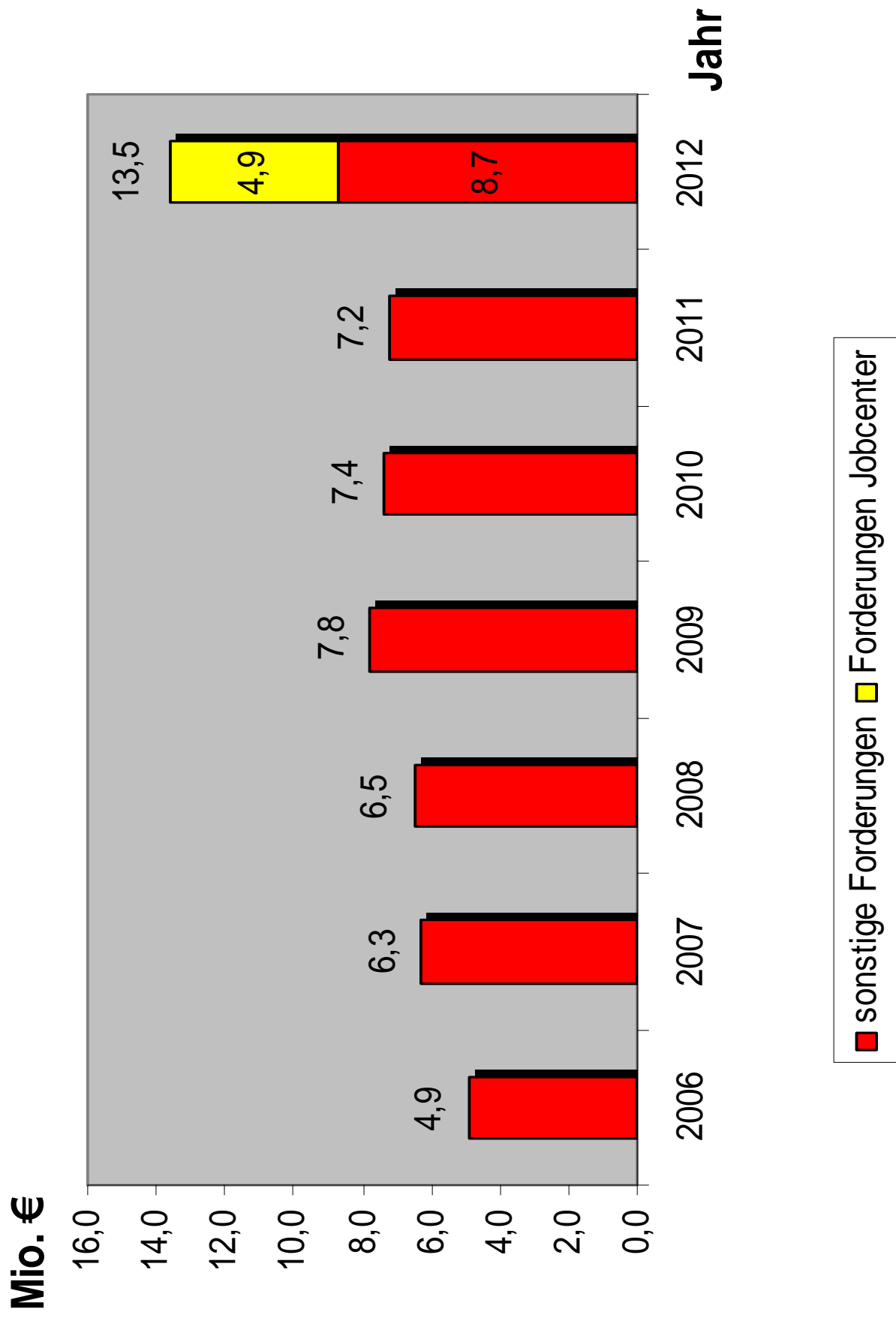
C) Vollstreckungsaußendienst

A) Auswertungen des Forderungsbestandes

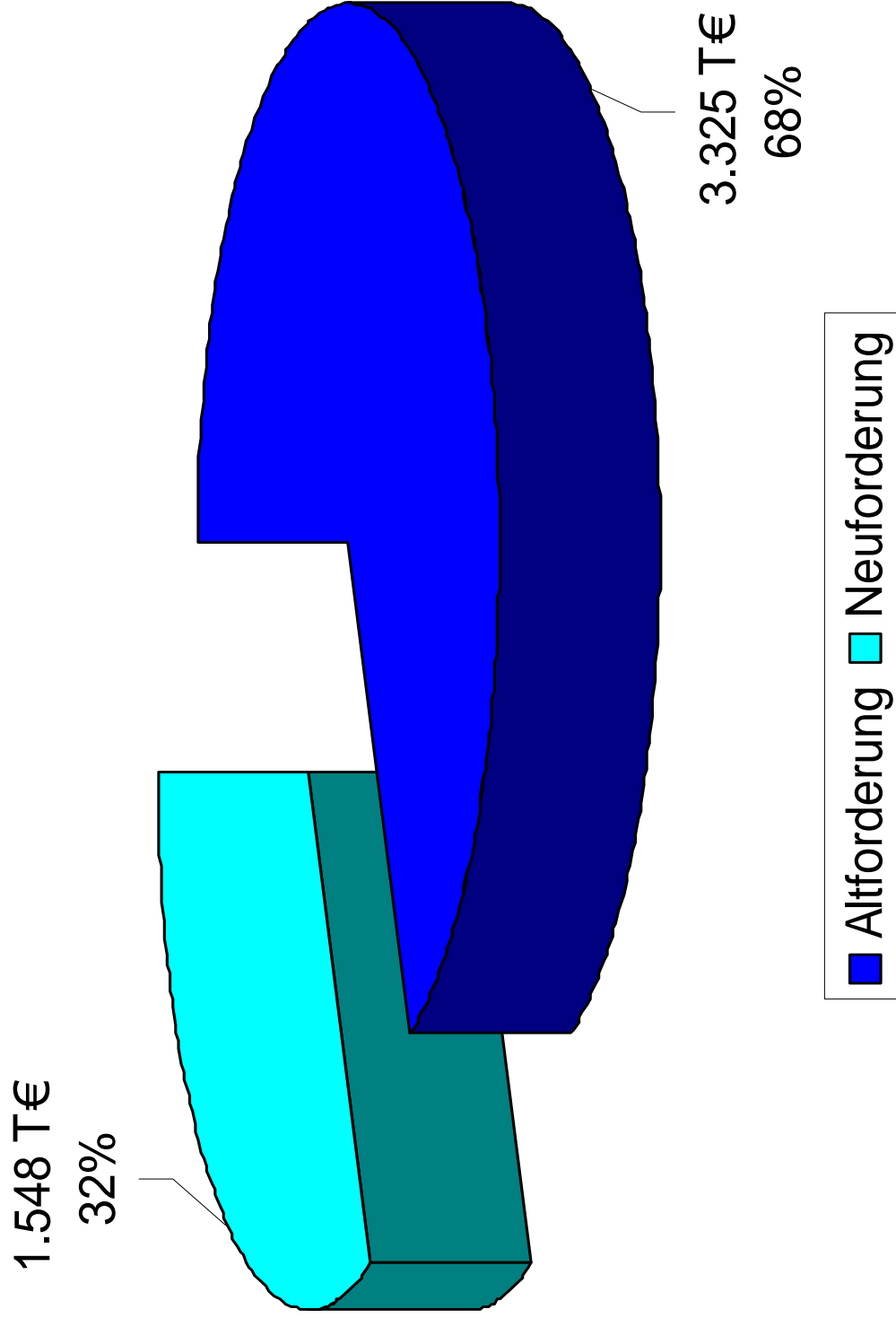
Folie aus der letzten Finanzausschussitzung vom 22.06.2012

- **Option**
 - Problem: Übertragung offener Altforderungen i.H.v. rd. 3,4 Mio. € aus BA- in Kreissystem
 - Folge: Zahlungseingänge können nicht zugeordnet werden; aktueller Stand Verwahrkonto: 1,07 Mio. €
 - Forderungsbestand wird sprunghaft ansteigen
- > **Kreis wird Optionsforderungen kontinuierlich abarbeiten und explizit ausweisen**

Offene Forderungen in Mio. € zum Jahresabschluss



Jobcenterforderungen



Altforderungen

- Entstanden vor dem 01.01.2012
- Qualität der übergebenen Daten mangelhaft; teilweise:
 - falsche Schuldner und falsche Forderungshöhe
 - fehlerhaft der Optionskommune zugeordnet
 - Anschriften der Schuldner teilweise nicht/ nicht ohne weiteres zu ermitteln
 - Forderungsbegründende Bescheide nicht auffindbar
 - Falsche bzw. unzureichende Informationen über Ratenzahlungsvereinbarungen
- fehlende Unterstützung durch die BA aufgrund fehlender personeller Ressourcen

Altforderungen

- Verwahrkonto des Kreises steigt an (Geldeingänge können nicht zugeordnet werden)
- Mahnläufe werden erschwert
- Leistungsgewährung hat(te) Priorität vor Beitreibung
- tlw. einzelfallbezogene Prüfung der Forderung/
Forderungshöhe erforderlich
- Starke Bindung personeller Ressourcen

Maßnahmen zur Reduzierung offener Jobcenterforderungen

- Anschreiben über Zuständigkeitswechsel
- Bitte zur Mitarbeit von Schuldnern „Altforderung“
- regelmäßige Abstimmung mit dem Jobcenter
- BMAS finanziert 0,5 Vollzeitäquivalent zur Abarbeitung
Jobcenterforderungen
- unterstützende Maßnahmen weiterer Mitarbeiter in der Finanzbuchhaltung
- Leerung des Verwahrkontos von gut 1 Mio. € auf momentan rd. 155 T€
- Mahnläufe in kleiner Stückzahl
- fälschliche Mahnungen können nicht in Gänze vermieden werden

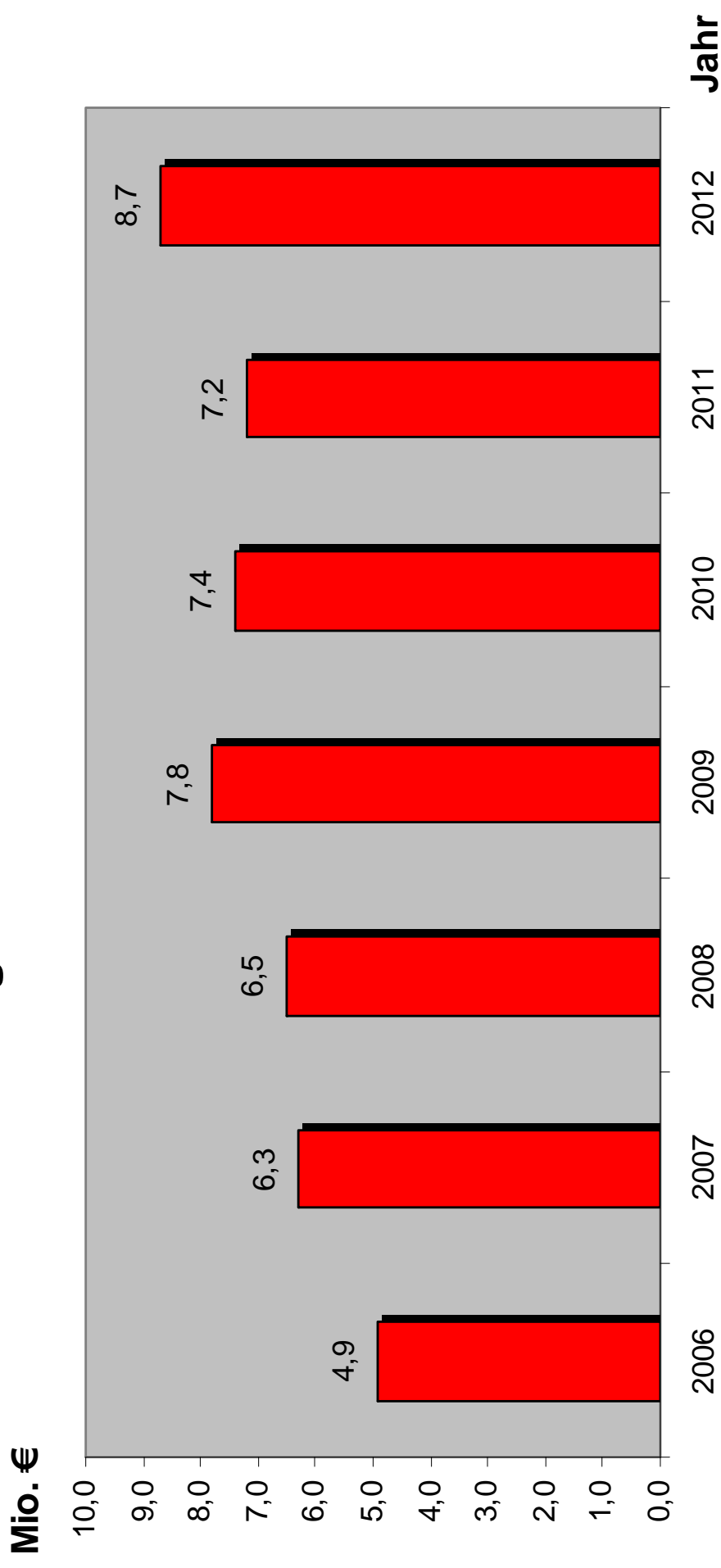
Auf einmal droht Erzwingungshaft

Hartz-IV-Bezieherin erhält fälschlicherweise eine Zahlungsaufforderung / Umstellung auf Jobcenter war Ursache

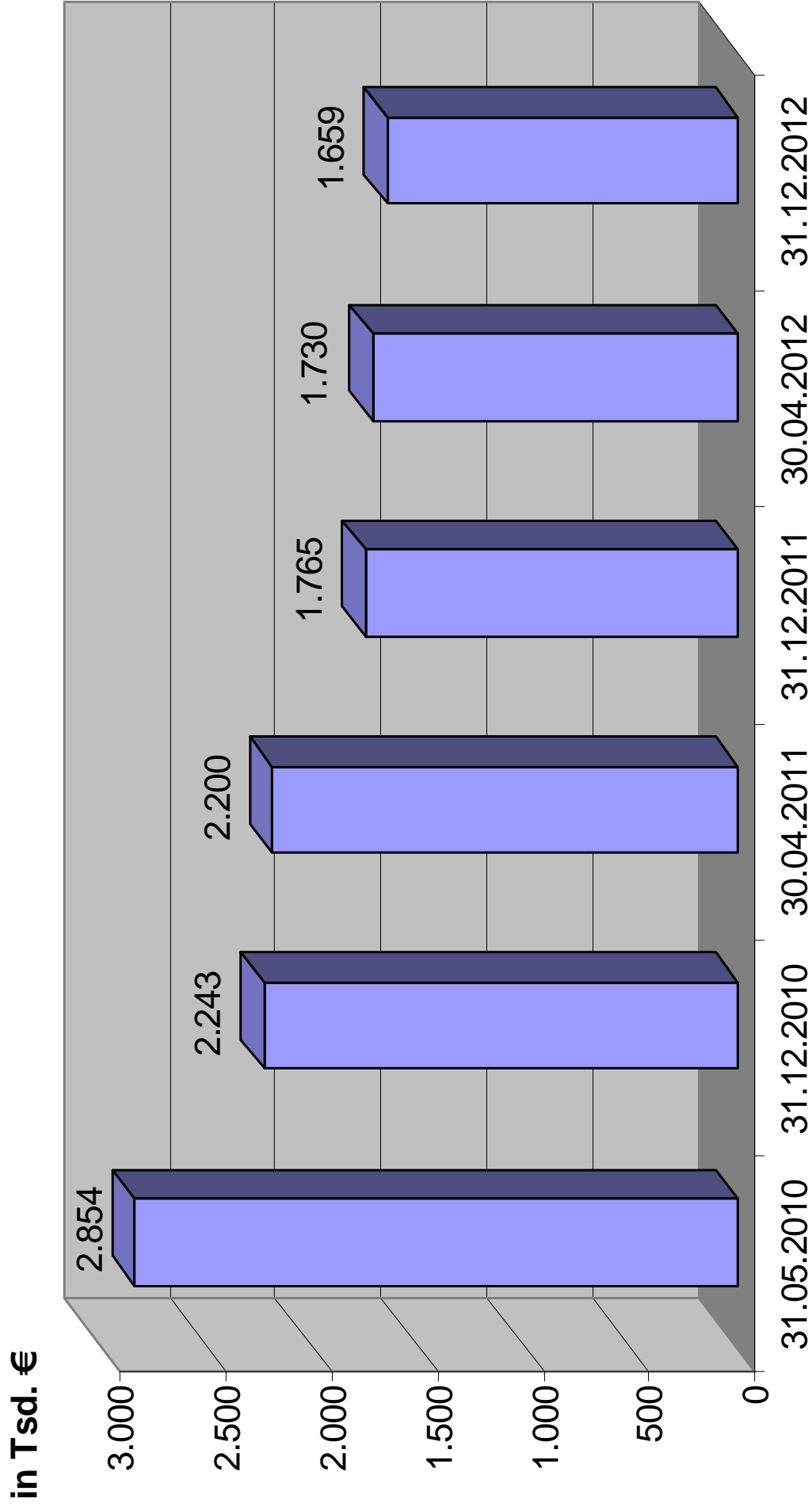
**Setzt die Stadt Essen säumige Schuldner zu
sehr unter Druck?**

Auswertungen des Forderungsbestandes ohne JC :

Offene Forderungen in Mio. € ohne Jobcenter

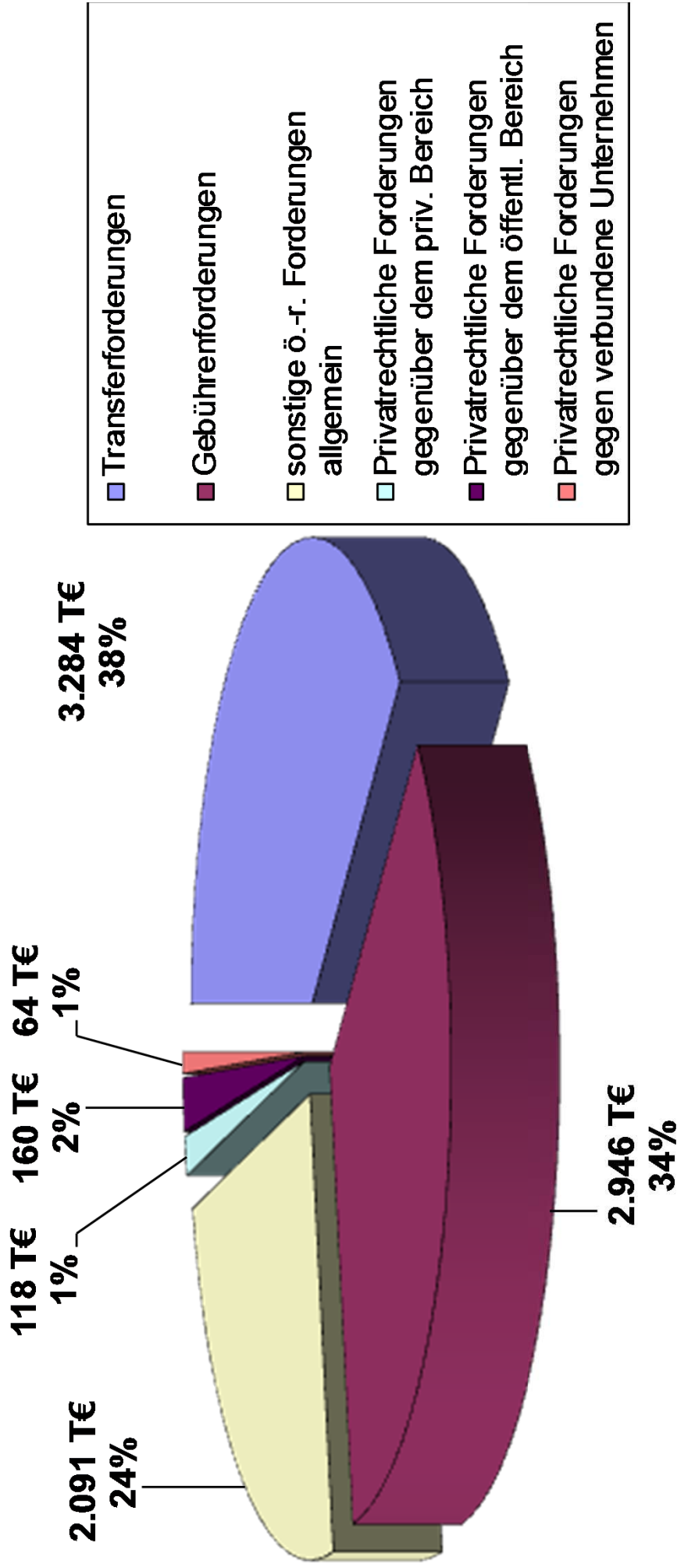


"Problemforderungen" länger als 12 Monate offen - Gesamtbetrag - ohne Jobcenter

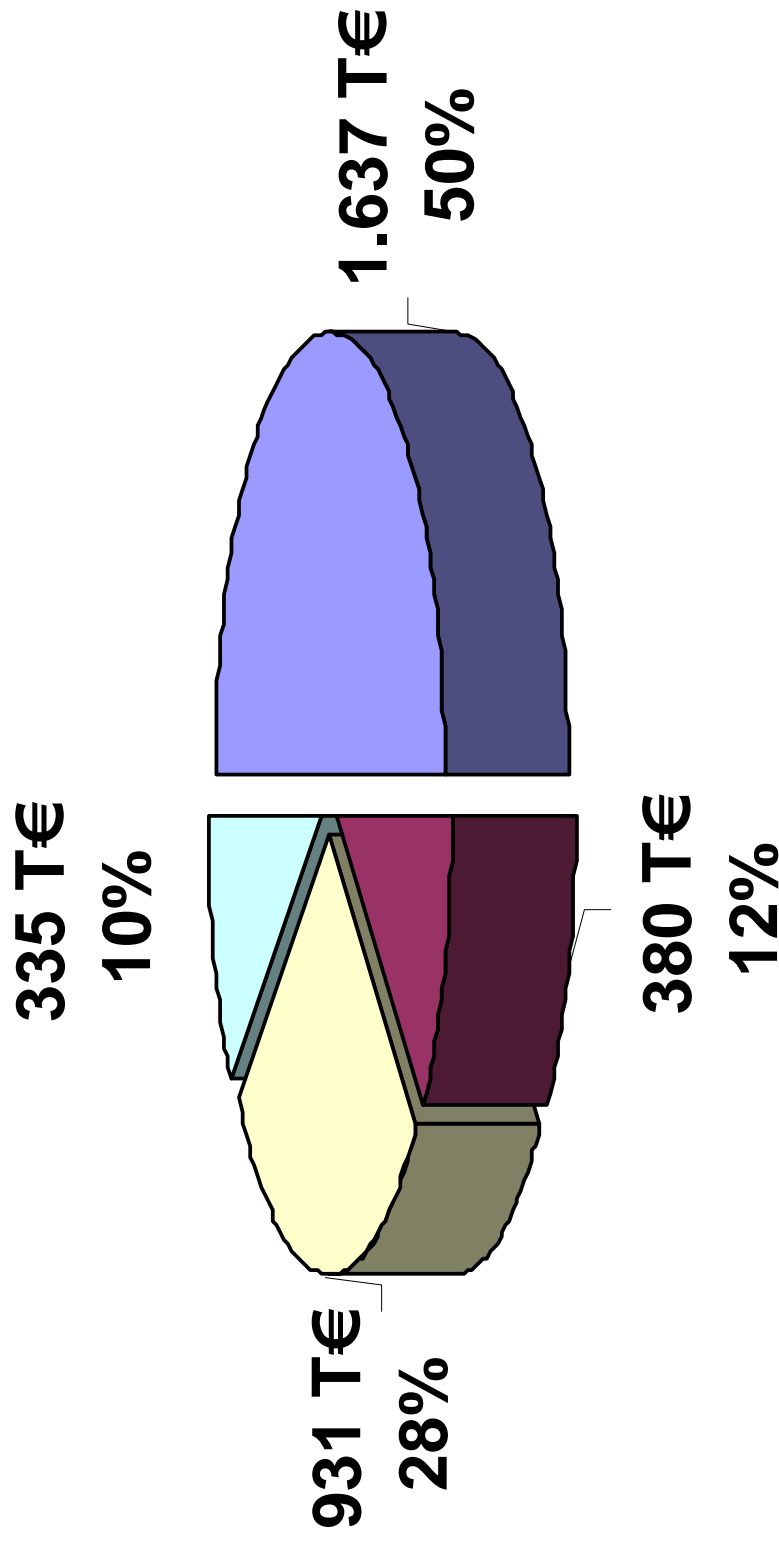


Aufteilung nach Forderungsarten

(Gesamtbestand i.H.v. 8,7 Mio. € zum 31.12.2012)



Transferforderungen 2012



UVG-Leistungen

übrige Ämter

Jugendamt (ohne UVG)

gegen verbundene Unternehmen

Rückholquoten im Reg.Bez. Münster im Bereich UVG – kontinuierlich Überdurchschnitt

Jugendamt	1. HJ 2010	2. HJ 2010	1. HJ 2011	2. HJ 2011	1. HJ 2012	2. HJ 2012
Bottrop	9,05%	8,17%	8,35%	11,17%	8,18%	9,48%
Gelsenkirchen	19,72%	18,90%	20,70%	19,13%	20,46%	17,56%
Münster	22,12%	21,07%	21,61%	24,38%	21,31%	20,89%
Kreis Borken	16,57%	27,64%	16,40%	27,79%	20,82%	35,30%
...						
Kreis Coesfeld	29,13%	30,26%	33,49%	33,03%	34,81%	30,75%
Dülmen	13,82%	19,87%	19,90%	18,41%	20,23%	16,56%
Coesfeld	31,91%	26,43%	28,58%	27,95%	39,31%	36,62%
...						
Haltern	23,44%	41,51%	33,36%	31,62%	31,16%	34,67%
...						
Recklinghausen	11,23%	12,38%	13,24%	15,66%	17,23%	22,12%
Waltrop	20,59%	16,84%	12,65%	20,86%	20,12%	18,69%
Kreis Steinfurt	19,72%	27,91%	22,75%	34,32%	26,96%	36,47%
Rheine	21,09%	16,50%	19,85%	21,89%	21,43%	20,55%
...						
Emsdetten	24,92%	21,56%	21,66%	18,89%	15,41%	18,10%
Kreis Warendorf	22,97%	29,76%	29,98%	31,47%	32,68%	33,91%
Ahlen	15,74%	23,74%	19,91%	17,86%	17,25%	19,22%
Beckum	20,17%	25,06%	20,79%	25,31%	24,54%	25,60%
Oelde	35,89%	33,28%	31,23%	29,65%	33,53%	27,27%
Durchschnitt:	19,92%	22,75%	20,55%	22,92%	21,79%	23,60%

Produktinformationen 010620

Kennzahlen Leistungsumfang	Ist 2011	Plan 2012	Ist 2012
Anzahl Mahnfälle	18.185	25.700	18.593
--davon 1. Mahnstufe	12.011	16.930	12.101
-- davon 2. Mahnstufe (Vollstreckungsankündigung)	6.174	8.770	6.492
Anzahl Vollstreckungsfälle, öffentlich-rechtlich	5.043	6.800	7.193
- davon Amtshilfeersuchen	5.043 – 1.554	4.950 – 1.850	4.609 – 2.584
- davon Pfändungsverfügungen			
€ der im Rahmen der Amtshilfeersuchen abgegebenen Vollstreckungen	1.052.717	1.447.800	1.026.783
Erledigungsquote 1. Mahnung	41,41 %	37 %	30,84 %
€ der auf die 1. Mahnung erledigten Forderungen	931.199	1.469.000	886.071
Erledigungsquote 2. Mahnung	36,57 %	32 %	34,76 %
€ der auf die 1. Mahnung erledigten Forderungen	354.837	490.700	443.404

Anlage 3

B) Neuerungen

- Analyse des Forderungsbestandes mit „business intelligence“ (BI)
- Weitere Ausdehnung von EC-Cash
- Telefonische Kontaktaufnahme durch 450 € - Kraft
- Weitere Optimierungen von Vordrucken, Abläufen sowie der Dienstanweisung Stundung, Niederschlagung, Erlass (Sicherheitsleistungen und Zinsen)
- Weitere Schulungen der MitarbeiterInnen

Reform der Sachaufklärung

- Zum 01.01.2013 in Kraft getreten
 - Einrichtung einer landesweiten Schuldnerdatei
 - Vermögensoffenbarung durch den Schuldner
ohne vorherigen Sachpfändungsversuch möglich
- Erhöhter Druck auf die Schuldner
- Weniger Amtshilfeersuchen

C) Vollstreckungsaußendienst

- Anzahl der Amtshilfeersuchen und Pfändungsverfügungen
 - **2010:** 4.990 Fälle mit einem Volumen von rd. 1,45 Mio. €; davon realisiert knapp **32 %**
 - **2011:** 3.489 Fälle mit einem Volumen von rd. 1,02 Mio. €; davon realisiert knapp **25 %**
 - **2012:** 4.600 Fälle mit einem Volumen von rd. 1.02 Mio. €; nach Infoma-Analyse realisiert nur rd. **12 %**
- > **Rödl & Partner:** Realisierungsquote von **rd. 40 %** möglich

Vollstreckungsaußendienst 2012 innerhalb des Kreises

- Erledigte Amtshilfeersuchen 84 %, davon:
 - durch Zahlung: 12 %
 - Eidesstattliche Versicherung: 9 %
 - Niederschlagung: 9 %
 - Kontopfändung: 8 %
 - Rückgabe an Fachamt: 6 %

→ Realisierungsquote durch Zahlung zu gering!

→ Große Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen; Spitzenwert Stadt Oelde mit 34 %

Schlussfolgerungen zum Vollstreckungsaußendienst

- **Verringerung der Fallzahlen durch:**
 - Vermehrte Pfändungsverfügungen
 - Reform der Sachaufklärung
- **Engere interkommunale Zusammenarbeit**
 - Übermittlung der erhobenen Daten
 - Gemeinsame Arbeitstreffen
 - Ursachenanalyse und Erarbeitung von Optimierungsmaßnahmen
- **Vorteile der Zusammenarbeit**
 - Synergien durch interkommunales Handeln (z.B. Personaleinsatz, Fahrtkosten)
 - Höhere „Spezialisierung“ kommunaler Vollstreckungsbeamter vor Ort

Vorschlag zum Vollstreckungsaußendienst

- Nach einem Jahr Entscheidung:
 - Verfestigung der interkommunale Zusammenarbeit durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung oder
 - (Teilweiser) Aufbau eines eigenen Vollstreckungsaußendienstes.

Für die Zukunft gesattelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

